

Ausschreitungen, die Brandstiftungen, die Zerstörungswut der Gewalttäterinnen und Gewalttäter und die menschenverachtenden Angriffe auf die Polizeibeamtinnen und -beamte und sogar auf Rettungskräfte haben auch in Kiel Betroffenheit und Erschütterung ausgelöst. Die Landeshauptstadt Kiel ist der Freien und Hansestadt Hamburg durch die räumliche Nähe, durch persönliche, berufliche und wirtschaftliche Kontakte vieler Kielerinnen und Kieler und auch durch konkrete Vereinbarungen der Stadtverwaltung in der Verwaltungszusammenarbeit (z.B. Kooperation über den telefonischen Bürger-Service) partnerschaftlich verbunden. Darüber hinaus waren auch Polizeibeamtinnen und -beamte aus Schleswig-Holstein, darunter auch solche aus der Polizeidirektion Kiel, in Hamburg eingesetzt gewesen. Die Ereignisse in der Metropole während des dortigen G20-Gipfels im Juli 2017 und die aus ihnen zu ziehenden Schlussfolgerungen haben auch Konsequenzen für das demokratische Miteinander der Menschen in Kiel und die von der Landeshauptstadt Kiel vorzunehmenden Beurteilungen, wie die Versammlungsfreiheit in Kiel für alle Menschen gewährleistet werden kann, die friedlich und ohne Waffen gewaltlos ihre Meinung kundtun wollen.

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel stellt fest, dass die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein vor dem G20-Gipfel 2017 in Hamburg massive Ausschreitungen, Gewalttaten und militante Aktionen durch Linksextremisten nicht ausgeschlossen haben. „Bereits jetzt ist absehbar, dass zentrale Großveranstaltungen durch dezentrale, auch gewalttätige Aktionen von angereisten Autonomen und der großen linksextremistischen Szene Hamburgs begleitet werden sollen. Dabei haben die Linksextremisten ein derartiges Protest- und Gewaltpotenzial, dass massive Ausschreitungen und Gewalttaten wie beim G8-Gipfel in Genua 2001 oder zur EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main 2015 nicht ausgeschlossen werden können.“ (Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein, Bericht der Landesregierung vom 14. Juni 2017, LT-Drs. 19/9 S. 98). „Die Mobilisierungsfähigkeit der linksextremistischen Szene wird spätestens zum G20-Gipfel einen erneuten ‚Höhepunkt‘ erleben. Der Veranstaltungsort Hamburg erfüllt eine Reihe von Voraussetzungen für eine hohe linksextremistische Mobilisierung: So gibt es dort eine aktive linksextremistische Szene, die – ortskundig und erfahren – mögliche Proteste auch für anreisende linksextremistische und ausländerextremistische Gruppierungen vorbereiten könnte. Für diese Gruppierungen ist der städtische Raum generell ein günstiges Terrain für Besetzungsaktionen, Blockaden und Straßenkrawalle. Der Tagungsort des G20-Gipfels, die Hamburger Messehallen, grenzt zudem direkt an die Hamburger Szeneviertel, in denen sich neben dem autonomen Zentrum ‚Rote Flora‘ und dem antiimperialistisch geprägten ‚B5‘ eine Vielzahl von Szenekneipen, Kulturzentren und Wohnprojekten befinden, die bevorzugt von Linksextremisten besucht beziehungsweise bewohnt werden. Im Rahmen der Protestmobilisierung gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg ist vor und während der Veranstaltung mit militanten Aktionen gewaltorientierter Linksextremisten zu rechnen.“ (Verfassungsschutzbericht 2016, Bundesministerium des Innern (Hrsg.) S. 128). Auch wenn der tatsächliche Geschehensverlauf der Ereignisse in Hamburg und die Tatbeiträge jeder Einzelnen und jedes Einzelnen noch aufgeklärt werden müssen, erscheint der Einfluss linksextremistischer Kreise, die auch öffentlich ihre Sympathie für die begangenen Gewalttaten bekundet haben, bereits offenkundig. Die Ratsversammlung wiederholt deshalb ihre anlässlich rechtsextremistischer Aufzüge in der Hansestadt Lübeck und in Neumünster im Jahr 2012 gefasste Entschließung „Kiel setzt dem politischen Extremismus ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie entgegen“ (Drs. 0076/2012) und verdeutlicht so Linksextremistinnen und Linksextremisten, dass sie nicht willkommen sind – weder in der partnerschaftlich verbundenen Metropole Hamburg noch in der Landeshauptstadt Kiel.

gez. Ratsherr Falk Stadelmann f.d.R.
SPD-Ratsfraktion

gez. Ratsherr Marcel Schmidt f.d.R.
gez. Ratsfrau Dr. Susanna Swoboda
SSW-Ratsfraktion